
Kultur

*(13)

Copyright-Gesetz in Kraft getreten

Am 1. Juni 1991 ist das vom Ständigen Ausschuss des NVK im September 1990 verabschiedete Copyright-Gesetz in Kraft getreten. Rechtzeitig zu diesem Termin hat das Staatliche Copyright-Büro (*guojia banquanju*) Durchführungsbestimmungen zum Copyright-Gesetz erlassen, die am 31.6.91 in GMRB und am 2.6.91 in RMRB abgedruckt wurden (Übers. in SWB, 8.6.91). Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird erstmalig in China geistiges Eigentum in bezug auf Literatur, Kunst und Wissenschaft geschützt. Dies bedeutet zunächst einmal einen Fortschritt, obwohl man sehen muß, daß sich Partei und Staat schwerwiegende Eingriffsrechte in das Copyright vorbehalten, weil sie bestimmen können, welche Werke schützenswert sind. Wenn ein Werk die öffentlichen Interessen verletzt, kann ihm das Copyright versagt werden (vgl. dazu C.a. 90/9, Ü 13).

Die Durchführungsbestimmungen sind in sechs Kapitel mit insgesamt 56 Artikeln untergliedert. Im ersten Kapitel geht es um allgemeine Bestimmungen, hauptsächlich um die Definition bestimmter Begriffe wie z.B. der Kategorien von Werken, die unter das Copyright fallen, oder der Nutzungsmöglichkeiten. Gegenstand des zweiten Kapitels ist die Verwaltung des Copyrights. Die zentrale Verwaltungsbehörde für das Copyright ist das dem Staatsrat unterstehende Staatliche Copyright-Büro. Ihm obliegen die folgenden Aufgaben:

- (1) Durchführung der einschlägigen Gesetze und Bestimmungen sowie die Festlegung entsprechender Verwaltungsmethoden;
- (2) Behandlung von Copyrightverletzungen von gesamtstaatlichem Einfluß;
- (3) Genehmigung der Gründung von kollektiven Copyright-Verwaltungsorganen, Copyrightagenturen für Ausländer und vertraglichen Schiedsstellen sowie Beaufsichtigung und Leitung von deren Arbeit;

- (4) Behandlung von Copyright-Angelegenheiten von Ausländern;
- (5) Behandlung von Copyright-Angelegenheiten des Staates;
- (6) Leitung der Verwaltungsarbeit hinsichtlich des Copyrights auf lokaler Ebene;
- (7) Erledigung entsprechender Verwaltungsarbeit im Auftrag des Staatsrats.

Kapitel III präzisiert die Inhaber und die Ausführung des Copyrights. In Abschnitt 1 werden die Personen und Organisationen aufgeführt, die das Copyright beanspruchen können, Abschnitt 2 regelt die Vererbung des Copyrights, Abschnitt 3 das Inkrafttreten und die Gültigkeitsdauer des Copyrights und Abschnitt 4 die Beschränkung des Copyrights, d.h. die Fälle, in denen das Copyright nicht anwendbar ist (z.B. bei Zitaten, Nachrichtenübermittlung, Lehrmaterialien, Veröffentlichungen staatlicher Organe, Aufführungen, die sich auf veröffentlichte Texte stützen, und chinesischsprachige Werke, die in Minderheitensprachen übersetzt und für den Vertrieb im Inland publiziert werden).

Kapitel IV gibt Erläuterungen zu Verträgen über die Gewährung des Copyrights. Die Standardverträge werden vom Staatlichen Copyright-Büro zur Verfügung gestellt. Kapitel V regelt die Rechte und Begrenzungen der Copyright-Inhaber, Kapitel VI die Strafen. Bei Verletzung des Copyrights können Geldstrafen zwischen 100 und 50.000 Yuan erhoben werden. Kapitel VII bringt ergänzende Bestimmungen, z.B. daß das Staatliche Copyright-Büro für die Auslegung dieser Bestimmungen zuständig ist und daß diese am 1. Juni 1991 in Kraft treten.

Mit dem Inkrafttreten des Copyright-Gesetzes hat China einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege zur Angleichung des Schutzes geistigen Eigentums an das internationale Recht getan. Ein Markenzeichen-Gesetz wurde bereits im August 1982 verabschiedet, die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen im März 1983; ein Patentgesetz und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen wurden im März 1984 bzw. im Januar 1985 erlassen (GMRB, 2.6.91). Jetzt fehlt nur noch ein Gesetz zum Schutz von Computer-Software, das derzeit in Arbeit ist (XNA, 1.6.91). Trotzdem wird es noch eines langen Umdenkungsprozesses

bedürfen, bevor sich in China der Respekt vor geistigem Eigentum wirklich eingebürgert hat. Ein entsprechendes Bewußtsein hat sich aufgrund der langen Tradition des Kopierens alter Werke nicht herausgebildet. Deshalb wird es in der Praxis wohl auch weiterhin Schwierigkeiten mit dem Copyright geben, zumal von chinesischer Seite selbst festgestellt wird, daß der Schutz geistigen Eigentums dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes entspreche. Da China ein Entwicklungsland sei, könne das Niveau des Rechts auf den Schutz geistigen Eigentums noch nicht sehr hoch sein. Das Copyright-Gesetz enthalte noch gewisse Mängel, die es schrittweise zu verbessern gelte (vgl. Kommentar zum Copyright-Gesetz in GMRB, 2.6.91). -st-

*(14)

Standardisierung von Sprache und Schrift

Sprachexperten in China haben kürzlich erneut zu verstärkten Anstrengungen bei der Standardisierung von Sprache und Schrift aufgerufen. Den Anlaß dazu bot der 40. Jahrestag des Beginns der Sprach- und Schriftreform in der VR China. Am 6. Juni 1951 nämlich hatte die *Volkszeitung* einen Leitartikel unter der Überschrift "Die Sprache des Vaterlandes richtig gebrauchen, für die Reinheit und Gesundheit der Sprache kämpfen!" veröffentlicht. Genau vierzig Jahre später brachte das Blatt wiederum einen Leitartikel zum gleichen Thema. Der Verfasser konnte zwar auf eine ganze Reihe von Erfolgen bei der Sprach- und Schriftreform verweisen, mußte aber zugleich zugeben, daß neuerdings wieder zahlreiche Probleme auftauchen, die die Reformen behindern (vgl. RMRB, 6.6.91). Die gleiche Bilanz wurde auf einer Tagung gezogen, die die *Volkszeitung* in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Komitee für Sprach- und Schriftarbeit, dem Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen, dem Amt für Pressepublikationen, der Chinesischen Gesellschaft für Linguistik und der Beijinger Gesellschaft für Linguistik am selben Tage veranstaltete (RMRB, 7.6.91). So wurde positiv vermerkt, daß in den vergangenen vier Jahrzehnten wesentliche Fortschritte hinsichtlich der Angleichung und Vereinfachung der Schriftzeichen, der Verbreitung der Allgemeinsprache (*putonghua*) und der

Festlegung der Pinyin-Schreibung erzielt worden seien. Durch alle diese Maßnahmen sei die Standardisierung von Sprache und Schrift vorangebracht worden, insbesondere sei der Gebrauch von Dialekten zurückgegangen und das Auseinanderfallen von geschriebener und gesprochener Sprache vermindert worden. Kritisiert wurde hingegen, daß in letzter Zeit wieder vermehrt Schriftsprache (*wenyan*), Dialekte und hohle Phrasen verwendet sowie unangemessene Auslassungen oder neue Wortschöpfungen vorgenommen werden. Vielfach komme es zu Verwirrungen dadurch, daß Langzeichen, selbstentworfenen Kurzzeichen oder falsche Zeichen benutzt würden. Ein weiteres Problem sei die Verunreinigung der Sprache. Während in der Kulturrevolution ein eigenmächtiger, ungeschliffener, grober Sprachstil gang und gäbe gewesen sei, zeige sich seit einigen Jahren die ungute Tendenz, westliche Formen zu kopieren und unverdaute ausländische Formen zu übernehmen.

Es sei daher eine vordringliche Aufgabe, solcherlei Sprachverunreinigungen auszumerzen und die Standardisierung von Sprache und Schrift voranzutreiben. Vor allem die Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage, aber auch Platten- und Filmhersteller seien aufgerufen, sich der standardisierten Sprach- und Schriftformen zu bedienen, daneben aber auch Bereiche wie Kultur, Erziehung, Verwaltung, Industrie und Handel, Post- und Fernmeldewesen, Verkehr, Tourismus usw. Auf der Tagung wurden insbesondere Fortbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Sprach- und Schriftreform für jüngere Lehrer und allgemein die Verbesserung des Sprachunterrichts auf den Grund- und Mittelschulen gefordert. Ferner wurde betont, daß es für die Reinerhaltung und gesunde Entwicklung der Sprache geboten sei, den Trend, "das Alte und das Ausländische zu verehren", auszuschalten. In bezug auf die Schrift sei auf standardisierte, korrekte und deutliche Schreibweise zu achten, in bezug auf die Sprache komme es auf die weitere Verbreitung der Allgemeinsprache an. (RMRB, 7.6.91)

Sprachpolitik dient in China als Mittel zur Einigung des Volkes und ist daher als einigendes Band für die politische Führung von großer Bedeutung. Der Rückfall in Dialekte und nichtstandardisierte Sprach- und Schriftformen

wird besonders in Südchina beobachtet. Dabei spielen die Nähe zu Hongkong und der größere Einfluß des Auslands eine Rolle. In Hongkonger Publikationen, inklusive Zeitungen, werden Langzeichen verwendet, und in Hörfunk und Fernsehen wird Kantonesisch gesprochen. Die einheitliche Verwendung standardisierter Schriftzeichen ist nicht nur aus politischen, sondern auch aus praktischen Gründen von Bedeutung, vor allem im Hinblick auf den zunehmenden Gebrauch von Computern. -st-

*(15)

Jiang Zemin fordert Erziehung in neuerer und neuester Geschichte

Am 1. Juni 1991 veröffentlichten die chinesischen Tageszeitungen einen Brief Jiang Zemin, den dieser am 9. März 1991 verfaßt hatte. Der Brief war an den Leiter der Staatlichen Erziehungskommission Li Tieying sowie dessen Stellvertreter He Dongchang gerichtet und beinhaltete die Forderung, bei der Erziehung von Kindern und jungen Leuten besonderes Gewicht auf die Unterweisung in moderner Geschichte und in Zeitgeschichte zu legen. Die Veröffentlichung am 1. Juni, dem chinesischen Kindertag, war sicher kein Zufall. Am selben Tag fand in Beijing auch eine Tagung mit 200 Teilnehmern aus den Bereichen Pädagogik und politische Theorie statt, auf der u.a. Wang Zhen, Li Tieying und Hu Qiaomu zum Thema Geschichtserziehung sprachen.

In dem Brief betonte Jiang Zemin, daß er sich bereits mehrfach dazu geäußert habe, daß in verstärktem Maße Kenntnisse über die neuere und neueste Geschichte zu verbreiten seien. Anlässlich eines Besuches des wiedereröffneten Chinesischen Revolutionsmuseums im vergangenen Jahr habe er dem Personal vorgeschlagen, eine Sammlung der nachgelassenen Schriften großer Persönlichkeiten und "Märtyrer der Revolution" zum Zwecke der Erziehung der Kader und der Massen, insbesondere der Jugend, herauszugeben. Nun habe er erfahren, daß ein solches Werk mit dem Titel "Edle Gesinnung" schon zum Druck vorliege. Außerdem habe er gehört, daß das Personal des Museums dabei ist, Kinderbücher über die Geschichte der Partei vorzubereiten.

Was nun die Unterweisung der Kinder und Jugendlichen in moderner Geschichte angeht, so legte Jiang Zemin

in seinem Brief dar, müßten wenigstens die folgenden Aspekte klargestellt werden:

1. Aufgrund der Verderbtheit der feudalistischen Herrscher wurde das chinesische Volk nach dem Opiumkrieg über einhundert Jahre lang von den ausländischen Großmächten unterdrückt. Auf der Grundlage der wichtigsten historischen Fakten sollte dieser Zusammenhang erklärt werden.
2. In dieser Periode widerstanden viele Leute mit hohen Idealen und das Volk mit großem Opfermut der ausländischen Aggression und verteidigten China.
3. Nach der Bewegung des 4. Mai entstand die KPCh, unter deren Führung der agrarrevolutionäre Krieg, der Krieg gegen Japan und der Befreiungskrieg erfolgten und schließlich das neue China errichtet wurde. Seitdem steht das chinesische Volk wieder aufrecht da. Mehrere Kriege gegen die Aggression von außen, die China nach der "Befreiung" geführt hat, zeigen, daß das "große chinesische Volk" nicht zu demütigen ist.
4. Das chinesische Volk ist immer gegen Aggression und für Gerechtigkeit gewesen, hat sich nie durch brutale Gewalt einschüchtern lassen und ist immer für den Frieden eingetreten. Die Einführung des sozialistischen Systems in China war die eigene historische Wahl des chinesischen Volkes. In bezug auf die zwischenstaatlichen Beziehungen sind die Chinesen immer für die Einhaltung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz eingetreten, insbesondere das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, und haben sich immer gegen jede Art von Hegemonismus und Machtpolitik gewendet.

Ziel der Erziehung dieses Inhalts sei die Steigerung der nationalen Selbstachtung und des nationalen Selbstvertrauens bei der Jugend und deren Bewahrung vor blinder Verehrung alles Ausländischen. Mit anderen Worten, der Unterricht in neuerer und neuester Geschichte soll der Jugend eine patriotische Erziehung vermitteln, die Chinas Selbstständigkeit und eine kritisch-distanzierte Haltung gegenüber dem Ausland betont. Allerdings warnt Jiang Zemin in diesem Zusammenhang auch

davor, wieder eine "linke" Atmosphäre zu schaffen, d.h. eine fremdenfeindliche Atmosphäre, wie sie in der Kulturrevolution geschürt wurde.

Im zweiten Teil seines Briefes fordert der Generalsekretär eine bessere Erziehung der Jugend über die gegenwärtige nationale Lage. Dabei müsse mehr positive Propaganda betrieben werden. China habe eine fünftausendjährige glänzende Kultur vorzuweisen, verfüge über relativ reiche Ressourcen, und das Volk sei fleißig und mutig. Die hohe Bevölkerungszahl sei ein hervorragendes Merkmal der nationalen Lage, aus dem sich viele Probleme ergäben. Das Bevölkerungsproblem sei sehr ernst, wenn es nicht gelöst werde, würden die Probleme immer gravierender. Daneben müsse auch klargestellt werden, daß Wirtschaftswachstum nur aufgrund von sozialer Stabilität und Einheit und politischer Stabilität möglich ist. Viele Menschen, die keine Ahnung von der Geschichte hätten, meinten häufig, man brauche nur das kapitalistische System einzuführen und die westliche parlamentarische Demokratie zu kopieren, dann könnten die Menschen das gleiche Leben wie in den kapitalistischen Ländern führen. Sie wüßten nicht, in welchem Maße die arbeitende Bevölkerung in der Periode der primitiven Kapitalakkumulation ausgebeutet worden sei und daß bis heute ein ungleicher Wertaustausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern bestehe.

Zum Schluß enthält der Brief noch einen praktischen Hinweis: Die Lehrmaterialien brauchten nicht alle gleich zu sein, sie könnten auch über die örtliche Situation unterrichten, doch müßten sie die wichtigsten Inhalte (d.h. die, die oben angeschnitten sind) enthalten. (RMRB, GMRB, 1.6.91)

Die patriotische Erziehung der Jugend ist vor allem das Anliegen der alten orthodox-marxistischen Generation, wie besonders die Rede von Wang Zhen deutlich macht, die er auf der Tagung am 1. Juni hielt (Wortlaut in GMRB, 2.6.91). Er hält die Unterweisung in neuerer Geschichte für die Weckung des Patriotismus für unerlässlich. Sein Geschichtsbild ist das der Orthodoxen: Aggression und Unterdrückung Chinas durch die imperialistischen Mächte, langer und harter Kampf des chinesischen Volkes gegen Imperialismus, Feudalismus und büro-

kratischen Kapitalismus unter Führung der KPCh, des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, Errichtung eines neuen sozialistischen China und dessen große Erfolge. Zum Patriotismus gehören in Wang Zhens Sicht Liebe zum Vaterland, zur Partei, zum Sozialismus und zu den vier Grundprinzipien sowie der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung und gegen die "friedliche Evolution" (zum Kapitalismus). Im Gegensatz zu Jiang Zemin, der den Begriff "Imperialismus" in seinem Brief vermeidet, hält Wang Zhen an dem Begriff fest und gibt damit einmal mehr Zeugnis von der Inkongruenz zwischen dem herrschenden orthodoxen Weltbild und der offiziell propagierten Reform- und Öffnungspolitik.

Li Tiejing nennt in seiner Rede die Unterweisung in neuerer und neuester Geschichte und über die nationale Lage eine strategische Notwendigkeit beim Aufbau der sozialistischen Modernisierung und betrachtet sie als wichtige Aufgabe im Rahmen der politischen Bildung der Jugend. Ein solcher Unterricht sei wichtig für die Heranbildung von neuen sozialistischen Menschen. Alle Lehrer, aber auch die Medien sowie die Propaganda-, Kultur- und Filmabteilungen hätten an der Aufgabe mitzuwirken und die Weisung Jiang Zemin durchzuführen. (Wortlaut GMRB, 5.6.91; s.a. GMRB, 2.6.91)

Ob das in den achtziger Jahren allgemein stark zurückgegangene Interesse an der Geschichte bei der Jugend durch die Wiederbelebung des orthodoxen Geschichtsbildes geweckt werden kann, ist sehr fraglich. Die Betrachtung der modernen Geschichte unter dem Aspekt der imperialistischen Aggression und des antiimperialistischen Kampfes vermittelt ein nicht mehr zeitgemäßes Bild, dem die Jugend schwerlich folgen dürfte. Von Zeitgeschichte kann in China ohnehin nicht die Rede sein; sie wird äußerst verkürzt betrieben, indem lediglich die Leistungen der KPCh berücksichtigt werden und der Nachweis zu erbringen ist, der Sozialismus sei in China historisch notwendig gewesen. -st-

*(16)

Verleihung akademischer Grade an Berufstätige

Das Komitee für akademische Grade unter dem Staatsrat hat kürzlich vorläufige Bestimmungen über die Ver-

leihung von Magister- und Doktorgraden an Berufstätige erlassen. Den Bestimmungen zufolge können unter bestimmten Umständen akademische Grade an Fachleute verliehen werden, die kein Postgraduiertenstudium absolviert haben. Voraussetzung ist, daß die Kandidaten für den Magistertitel ein Grundstudium an einer Hochschule absolviert haben und mindestens drei Jahre beruflich in ihrem Fachgebiet tätig gewesen sein müssen. Bewerber für den Dokortitel sollten im allgemeinen den Magister gemacht haben und müssen mindestens fünf Jahre beruflich in ihrem Fach tätig gewesen sein. Zusätzlich müssen sie in nationalen oder internationalen Zeitschriften ihre Forschungsergebnisse publiziert oder, sofern sie auf technischem Gebiet arbeiten, wichtige eigenständige Beiträge geleistet haben. In jedem Fall muß das wissenschaftlich-technische Niveau der Berufstätigen dem der Absolventen eines Postgraduiertenstudiums entsprechen. Auch müssen die Kandidaten die gleichen Prüfungen durchlaufen wie diese. Die Bestimmungen gelten auch für Leute aus Hongkong, Macao und Taiwan. (GMRB, XNA, 17.6.91)

Akademische Grade wurden in China 1981 wiedereingeführt. Zwischen 1981 und Ende 1989 wurden insgesamt 4.872 Dokortitel und 146.000 Magistertitel an Postgraduierte verliehen. Gleichzeitig begann das Komitee für akademische Grade die Frage zu prüfen, inwieweit Berufstätigen mit gleicher Qualifikation wie Postgraduierte akademische Grade verliehen werden könnten. Während einer mehrjährigen Versuchsphase wurden bestimmte Institutionen, die zur Vergabe akademischer Grade berechtigt sind, für diese Aufgabe ausgewählt. Bis zum Januar 1991 wurde 153 Einheiten, an denen man promovieren kann, die Genehmigung erteilt, Berufstätige mit entsprechender Qualifikation zu promovieren. Bisher wurden 40 Berufstätige promoviert; gut 4.000 erlangten den Magister (ebd.). Ziel der neuen Bestimmung ist es, die Heranbildung hochqualifizierter Fachleute auf verschiedenen Wegen zu fördern. Da die wissenschaftlichen Leistungen denen regulärer Postgraduierter entsprechen sollen, ist mit der Vergabe akademischer Grade an Berufstätige theoretisch kein Niveauverlust verbunden. Die Frage ist allerdings, inwieweit in der Praxis die Forderung nach gleicher Qualifikation auch tatsächlich eingehalten wird. -st-